



## Finanzdiktatur

**Jetzt will Brüssel – gegen den vorläufigen Widerstand Deutschlands – die Schaffung sogenannter Euro-Bonds erzwingen.**

Euro-Bonds: Das sind von der EU zentral aufgelegte **Einheits-Obligationen für den gesamten EU-Raum**. Bisher durften allein die einzelnen EU-Mitgliedsländer auf ihren nationalen Namen lautende Staatspapiere zur Zeichnung auflegen. Deshalb sind heute die **Schulden-Sünder** noch eindeutig **identifizierbar**. Und die Finanzmärkte erteilen ihnen Noten – ablesbar an den deutlich **unterschiedlichen Schuldzinsen**, zu welchen die einzelnen EU-Länder bei Banken Geld aufnehmen können. Für Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, zunehmend auch Frankreich sind die Zinslasten erdrückend hoch, für Länder in besserem Zustand, vor allem Deutschland, sind sie niedrig.

### Verschleiende Gleichschaltung

Euro-Bonds, also EU-Obligationen verwischen diese Erkennbarkeit des Zustands einzelner EU-Länder. **Alle Schulden** werden gleichsam in **einen einzigen Topf** geworfen – und nur dieser Einheitstopf nimmt zwecks zentralisiertem Schulden-Management Geld auf. Die verantwortungslosesten Überschuldungs-Regierungen können künftig ihre Haftung für von ihnen aufgerissene Löcher abwälzen auf die gesamte EU. Die besser dastehenden EU-Länder verlieren ihre heute noch sichtbare Vorzugsstellung – müssen faktisch aber für alle Schulden aller Liederlichen aufkommen. Die **Gleichschaltung aller verwischt alle Verantwortlichkeit**.

Ein durchtriebenes **Tarnmanöver**, mit dem die EU einmal mehr gegen eigene Vereinbarungen (Maastricht, Amsterdam, Lissabon) verstößt. Sicherungen, die dort zur Beruhigung skeptischer EU-Bürger und -Steuerzahler feierlich beschworen worden sind, werden – ohne dass ein Richter eingreift – kurzerhand über Bord geworfen: Verrat am EU-Bürger wird Tatsache. Die EU will unter Führung der EU-Kommission die **Finanzhoheit**

für ganz Europa in **Brüssel** zentralisieren: Finanzdiktatur über ganz Europa. Ein zwangsvereinheitlichtes Finanzregime kann aber nur funktionieren, wenn auch **Arbeitsgesetze** und **Sozialordnungen** aller EU-Länder zwangsvereinheitlicht werden: Allen EU-Untertanen die gleichen Arbeitsbedingungen, die gleichen Steuern, die gleichen Sozialwerke und die gleichen Soziallasten. Das ist die Konsequenz von Brüssels Beanspruchung der Finanzhoheit über alle EU-Länder.

### Und Deutschland?

Deutschlands Regierung wehrt sich gegen diese Zentralisierung der Finanzkompetenz in Brüssel. Mit guten Gründen: Die **deutschen Steuerzahler** bezahlen faktisch die **gesamte Zeche** für alle so liederlich überschuldeten EU-Südstaaten. Aber der Widerstand der Regierung Merkel orientiert sich keineswegs an den Interessen der Steuerzahler, die schon heute bis weit über die Grenze des Erträglichen gebeutelt werden.

Vielmehr beherrschen **Machtgelüste** Deutschlands Regierung: Wenn die Deutschen für ganz Europa bezahlen sollen, soll das «Befehlszentrum» der zentralisierten EU **Finanzhoheit** nicht in Brüssel, vielmehr in Berlin angesiedelt sein. **Berlin** will die Arbeitsbedingungen, die Sozialordnung – wenn diese schon vereinheitlicht werden müssen – für ganz Europa diktieren. Damit nicht eine «Mehrheit der Liederlichen» Berlin zum stummen Zahlknecht für das EU-Desaster degradieren kann.

Ein bis zu einem gewissen Grad verständlicher Machtanspruch. Nur: Ob die Abtretung aller Befehlsgewalt über Sozialordnung, Arbeitsrecht, Finanzen an Berlin gut herauskommen wird – daran zweifeln nicht bloss jene, die die **Geschichte Europas** etwas genauer kennen.

Ulrich Schlür